

Kinderarmut weiter gestiegen

Amtliche Daten liegen noch nicht vor, doch bereits jetzt ist klar: Die Kinderarmut hat im vergangenen Jahr zugenommen.

Die starke Einwanderung, insbesondere von Flüchtlingen, im Jahr 2015 wird sich in der Armutsstatistik für das Jahr 2016 durch einen weiteren Anstieg der Kinderarmut in Deutschland bemerkbar machen. Das zeigt eine aktuelle Vorausberechnung des WSI. Die amtlichen Daten für 2016 liegen noch nicht vor, die WSI-Berechnungen ergeben aber, dass über 150.000 Einwandererkinder als armutsgefährdet in die 2016er-Statistik eingehen werden, die bislang noch nicht erfasst waren. Gleichzeitig dürfte die Zahl der von Armut betroffenen einheimischen Minderjährigen – mit und ohne Migrationshintergrund – aufgrund des moderaten wirtschaftlichen Aufschwungs um 72.000 niedriger ausfallen als 2015. Per Saldo ist die Armut unter Kindern und Jugendlichen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr demnach um rund 82.000 auf 2.629.000 Personen angestiegen. So ergibt sich für 2016 eine Zunahme der Kinderarmutsquote um 0,5 Prozentpunkte auf 20,2 Prozent.

Weitere Berechnungen zeigen, dass das Armutsrisiko von Kindern, die mit ihren Eltern oder allein in die Bundesrepublik eingewandert sind, um knapp 10 Prozentpunkte auf über 58 Prozent angestiegen sein dürfte. Damit erhöht

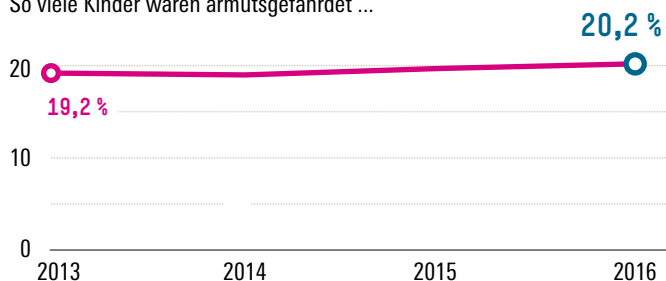
sich zugleich der Anteil der Einwandererkinder unter den armen Kindern. Da Einwandererfamilien durchschnittlich mehr Kinder haben als einheimische Haushalte, ist damit zu rechnen, dass sich der Wiederanstieg der Armut unter kinderreichen Familien in der Statistik für 2016 fortsetzen wird.

Für den WSI-Forscher Eric Seils ergeben sich daraus drei Konsequenzen für eine Politik zur Armutsbekämpfung:

- ▶ Erstens mache die steigende Kinderarmut deutlich, dass die Anstrengungen in der Armutspolitik und die damit verbundenen Aufwendungen nicht nachlassen dürfen. Selbst wenn die Kinderarmut in den kommenden Jahren wieder etwas sinken wird, sei das „kein Grund zur Entwarnung“, sagt Seils. „Wenn wir die jugendlichen Einwanderer heute nicht ausreichend qualifizieren, werden sie als junge Erwachsene unter den armen Erwerbstätigen oder Arbeitslosen wieder auftauchen.“ Hier biete sich die Chance, künftige Armut durch die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.
- ▶ Zweitens sei der steigende Anteil der Einwandererkinder unter den armen Minderjährigen zu beachten. Ein wichtiger Aspekt der Kinderarmutspolitik der kommenden Jahre werde darin bestehen müssen, die eingewanderten Eltern und insbesondere Mütter zu befähigen, Arbeit zu Konditionen und Löhnen zu finden, die es ihnen ermöglicht, ihre Familien selbst über die Runden zu bringen.
- ▶ Schließlich dürften die einheimischen Kinder bei aller Aufmerksamkeit für die Einwanderer nicht vergessen werden. „Trotz Rekordbeschäftigung hat sich das Armutsrisiko der einheimischen Kinder nur wenig verringert“, so Seils. <

Mehr arme Kinder

So viele Kinder waren armutsgefährdet ...



Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Grafik zum Download: bit.do/impuls0810
 Daten zum Download: bit.do/impuls0811

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Link: bit.do/impuls0812

EUROPA

Die soziale Säule trägt nicht

Die EU-Kommission will eine „Europäische Säule sozialer Rechte“ errichten. Sie soll in einer von Kommission, Rat und Parlament ratifizierten Erklärung bestehen, die etwa ein Recht auf Mindestlohn oder Mindesteinkommen enthält. Damit signalisiere die Kommission, dass sie „die Bedeutung der sozialen Dimension der EU erkannt hat“, konstataren WSI-Direktorin Anke Hassel und

WSI-Europaexperte Daniel Seikel. Allerdings sind die Wissenschaftler sehr kritisch, was den praktischen Nutzen betrifft. Für Länder wie Deutschland mit ohnehin relativ hohen Standards seien keine Verbesserungen zu erwarten. Außerdem werde die neue Säule nicht tragen, weil die EU an anderer Stelle die sozialen Rechte untergrabe. Während die aktuelle Initiative individuell einklagbar

re Rechte auflistet, würden kollektive Rechte wie Mitbestimmung und Tarifautonomie ausgehebelt. Zu denken sei besonders an die Krisenpolitik in Südeuropa, wo etwa Tarifsysteme dezentralisiert wurden. <

Quelle: Anke Hassel, Daniel Seikel: Zu kurz gesprungen, Wirtschaftsdienst 5/2017 Download: bit.do/impuls0813